

wurde. In dem Moment, wo jemand durch eine Information in das Schicksal eines anderen Menschen ohne dessen Einverständnis, gegen dessen Willen eingreift, verletzt er dessen Recht, selbst souverän über das eigene Schicksal entscheiden zu können und verletzt damit ein Menschenrecht.

Dies wird richtigerweise dem ehemaligen MfS vorgeworfen. Aber genau dies gilt auch in der jetzigen Situation. Es ist unlogisch oder einfach Unrecht, von ehemaligen Mitarbeitern des MfS jetzt das zu verlangen, was ihnen zu Recht "im Dienst" vorgeworfen wurde. Einmal solcherart in Lebensläufe eingegriffen zu haben, ist doch wahrlich genug.

Es können nur jene über sich reden, die sich dem MfS anvertrauten oder anvertrauen mußten. Nur sie haben dazu das Recht. Daß sie davon so zögerlich Gebrauch machen, kann in der jetzigen Atmosphäre nicht verwundern. Das zeigt sehr exemplarisch die Reaktion auf die Art und Weise der Kontakte Manfred Stolpes mit der Staatssicherheit. Das MfS war ein Staatsorgan mit Sondervollmachten, die Stolpe zu nutzen suchte.

Oder - man erkennt das Anvertrauen eines Teils seines Ich's in die Hände eines anderen nicht als unantastbares Menschenrecht und die Bewahrung dieses Geheimnisses nicht als unantastbare Menschenpflicht an. Dann besteht die Logik darin, dies nur unter dem Gesichtspunkt von Augenblicksinteressen zu bewerten. Vertrauen ist dann nicht ein hohes und stabiles moralisches Gut, sondern eine Sache wie jede andere, die ihren konjunkturellen Wert hat, wovon dann auch abhängt, daß man damit so oder so umgehen kann. Ich lehne diese Auffassung ab.

Offenlegung und Aufklärung ja, aber nicht um jeden Preis

Es gibt kein höheres Prinzip als die Würde, die Ehre eines Menschen. Mit diesem Prinzip kollidiert das Interesse nach Offenlegung und Aufklärung der MfS-Vergangenheit. Aber der Preis, dafür einen Menschen zu verraten, ist zu hoch. Der ehemalige Mitarbeiter der HVA hat in seinem Bericht keinen seiner Helfer in der BRD verraten, sondern die von ihm geführten Operationen geschildert. Er hat Geheimnisse preisgegeben oder Vermutungen bestätigt, weil er zu Einsichten gekommen ist, die die Geheimhaltung nicht mehr rechtfertigen. Wie soll das hier und heute Verrat sein, worin sollte er bestehen? Es ist seine Entscheidung, was er über sich und seine Taten als MfS-Mitarbeiter aussagt. Ich nenne seinen Entschluß mutig und nicht verräterisch.

Ich meine, wir benötigen noch viel mehr solcher Schilderungen, damit möglichst vollständig zusammengetragen wird, wie der Geheimdienst MfS im Detail funktionierte und wie die Mitarbeiter dachten und fühlten. Wer könnte das besser als die ehemaligen Mitarbeiter selbst? Dabei geht es